

Stellungnahme des BDKJ in Bayern zur politischen Lage nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001

Der BDKJ in Bayern verurteilt die Terroranschläge vom 11. September 2001 auf das Schärfste. Mit Erschrockenheit reagiert er auf die als Antwort darauf begonnene Bombardierung Afghanistans. Der BDKJ in Bayern spricht den Opfern der Terroranschläge sowie der unschuldigen Zivilbevölkerung in Afghanistan sein Mitgefühl aus.

Die Bombenangriffe auf Afghanistan schränken die internationalen Hilfsorganisationen in ihrer Arbeit massiv ein. Die Zerstörung ihrer Lagerhäuser durch die Bombenangriffe verschärft diese Situation. Darüber hinaus wird mit dem bevorstehenden Wintereinbruch die Versorgung der Bevölkerung in zunehmenden Maße behindert. Deshalb müssen Wege gefunden werden, die Zivilbevölkerung in Afghanistan humanitär zu unterstützen und vor Gewalt zu schützen. Eine Eskalation der Gewalt ist zu vermeiden. Durch die in Afghanistan bisher eingesetzten militärischen Mittel kann der Terrorismus nicht wirksam bekämpft werden. Deshalb fordert der BDKJ in Bayern die sofortige Beendigung der Bombenangriffe auf Afghanistan. Er schließt sich damit den Forderungen des Präsidenten der Vereinten Nationen, Kofi Anan und der Menschenrechtskommissarin der Vereinten Nationen, Mary Robinson an.

Der BDKJ in Bayern nimmt die Angst von Kindern und Jugendlichen vor einem Krieg wahr. Für Kinder und Jugendliche sind die Luftangriffe und die damit verbundenen Folgen für die Zivilbevölkerung ähnlich beängstigend wie die Terroranschläge vom 11. September.

In Deutschland muss bezüglich der Bekämpfung des internationalen Terrorismus eine Kritische Auseinandersetzung stattfinden. Solidarität mit Bündnispartnern darf nicht heißen, kritiklos alle Maßnahmen zu akzeptieren. So ist die derzeit diskutierte Bereitstellung von Bundeswehrsoldaten aus unserer Sicht nicht zwangsläufig das geeignete Mittel, Solidarität zu zeigen. Der BDKJ in Bayern appelliert an die Bundesregierung, eine stärkere Beteiligung der Vereinten Nationen für eine Konfliktlösung auf diplomatischen und politischen Weg einzufordern. Der BDKJ in Bayern verurteilt die Trennung in eine „zivilisierte“ und in eine „unzivilisierte“ Welt. Im Umgang mit allen Ländern muss ein partnerschaftlicher Stil gefunden werden, der auf Toleranz und Respekt basiert, wie es Bundespräsident Rau bereits für die Entwicklungsländer gefordert hat.

Der BDKJ in Bayern fordert die Regierungen, insbesondere die Bundesregierung auf, eine grundlegende und breit angelegte Ursachenforschung von Hintergründen für Terrorismus zur Kenntnis zu nehmen und zu vertiefen. Dabei müssen politische, wirtschaftliche und soziale Zusammenhänge berücksichtigt werden. So ist es möglich, die Ursachen von Hass und Terror zu erkennen und gezielter zu bekämpfen.

Innenpolitisch werden derzeit vielfältige Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit diskutiert und durchgeführt. Persönlichkeitsrechte und Datenschutz werden

dabei nicht mehr ausreichend respektiert. Der BDKJ in Bayern lehnt deshalb übereilte und unreflektierte Maßnahmen ab. Hierdurch werden zusätzlich Misstrauen und Ängste geschürt. Der BDKJ in Bayern fordert eine Diskussion über das Verhältnis von Sicherheit und Freiheit. Sicherheit darf nicht durch unangemessene Einschränkungen persönlicher Freiheiten erkaufte werden.

Die Auseinandersetzung mit gesellschaftlich wichtigen Fragen und Zusammenhängen - besonders auf dem Gebiet internationaler Beziehungen - sowie das Einüben der Demokratie sind für den BDKJ in Bayern satzungsgemäße Aufgaben sowie lebendige Ziele. Daher wird sich der BDKJ in Bayern mit Themen wie interkulturellem Lernen und politischer Bildungsarbeit weiterhin in die gesellschaftliche Diskussion einbringen.

katholisch.

politisch.

aktiv.